

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 12. Februar 2015

70. Jahrgang/Nr. 36

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT
Kein Platz für Menschlichkeit

Aert van Riel zu den Debatten über die Asylbewerber aus Kosovo

Der Aufschrei ist riesig. Weil immer mehr Menschen aus Kosovo hierzulande einen Antrag auf Asyl stellen, melden einige Medien eine »Lawine«. Kommunen jammern wegen angeblicher Überlastung. Das klingt dramatischer, als es eigentlich ist. Denn unter den Einwanderern, die nach Deutschland kommen, sind die Kosovaren eine winzige Minderheit. Zudem stammten im Januar unter allen Asylanttragstellern nur 15 Prozent aus dem von vielen Staaten nicht anerkannten Balkanland. Doch für sachliche Argumente sind führende Innenpolitiker von Union und SPD nicht empfänglich. Sie überlegen, wie man die Kosovaren schnell wieder loswerden kann. Die Ausweitung sogenannter sicherer Drittstaaten kommt wohl nur langfristig in Betracht. Kurzfristig soll die deutsche Botschaft in Pristina eine »medienwirksame Sammelabschiebung« gefordert haben. Das schreckt ab und dürfte nach dem Geschmack des Bundesinnenministers und vieler seiner Länderkollegen sein.

Ursachen der Flucht sollen aus ihrer Sicht lieber nicht zur Sprache kommen. Denn Deutschland ist wegen der Teilnahme am NATO-Krieg gegen Jugoslawien von 1999 für die instabile Lage in Kosovo mitverantwortlich. Damals sollte laut offizieller Propaganda mithilfe der deutschen Luftwaffe eine »humanitäre Katastrophe« verhindert werden. Erreicht wurde das Gegenteil. Menschliche Schicksale spielen in der Balkanpolitik der Bundesregierungen in Wirklichkeit keine Rolle – damals wie heute.

UNTEN LINKS

Weil sie psychisch unter den Folgen ihrer **Auslandseinsätze** leiden, begaben sich Bundeswehrosoldaten im vergangenen Jahr 1700 Mal in ärztliche Behandlung. Das entspricht im Vergleich zu 2013 einem Anstieg um 25,6 Prozent. Betroffen von Posttraumatischen Belastungsstörungen, Depressionen und ähnlichen Unpässlichkeiten sind insbesondere Soldaten, die in Afghanistan und Kosovo dienten. Dass Kriege zu seelischen Schädigungen führen, ist so überraschend wie die Tatsache, dass man im Regen nass wird. Die Generäle wären gut beraten, ihren Soldaten mitzuteilen, dass Kampfhandlungen nicht nur bei ihnen, sondern sogar bei den Menschen in den betroffenen Gebieten Spuren hinterlassen. Nützlich wäre etwa der Hinweis darauf, dass der Einsatz einer Schusswaffe zu tödlichen Verletzungen führen kann. Die Bundeswehr will nun ihre Bemühungen verstärken, das Traumaproblem in den Griff zu bekommen. Das ginge im Grunde ganz einfach: durch ihre Auflösung. *mha*

Wendepunkt in Minsk

Aufständische schlagen zum Ukraine-Gipfel Feuerpause ab Donnerstag 10 Uhr vor



Schauen, was der Gipfel bringt: Tagungsstätte in Minsk

Foto: Reuters/Vasily Fedosenko

Minsk. Als »Wendepunkt zum Besten oder Schlimmsten«, wie die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sagte, begann Mittwochabend in der belarussischen Hauptstadt Minsk ein Gipfel zur Entschärfung des Ukraine Konfliktes. Die Aufständischen aus der Ostukraine schlugen dazu laut ukrainischen und russischen Medien der Kontaktgruppe ab Donnerstag 10 Uhr eine »allumfassende Feueereinstellung und den Abzug schwerer Waffen ab 100 Millimeter«, das Ende der »Anti-Terror-Operation« und Teilautonomien im Donbass vor. Begleitet wurde das Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Präsidenten

Frankreichs und der Ukraine, François Hollande und Petro Poroschenko, mit Russlands Staatschef Wladimir Putin aber von weiteren schweren Gefechten im ostukrainischen Krisengebiet. Der Ausgang der Beratungen, die am Abend aufgenommen wurden, galt als völlig ungewiss. Als vorrangiges Ziel des Vierer-Gipfels, der mit einem Dreier-Treffen ohne Putin beginnen sollte, war die Vereinbarung einer Waffenruhe sowie des Abzuges schwerer Waffen von einer bis zuletzt umstrittenen Frontlinie. Weder eine Anfang September in Minsk vereinbarte Waffenruhe noch eine im Dezember ausgehandelte Feuerpause waren

eingehalten worden. Vielmehr verschärften sich die Kämpfe in den letzten Tagen, da beide Seiten bis zum Gesprächsbeginn ihre Positionen verbessern wollten.

Andererseits arbeiteten bis in die Nächte Vermittler, Diplomaten und Vertreter der Konfliktparteien an Kompromissen und Übereinkünften. Schon vor Ankunft der Staatsspitzen waren in Minsk die prorussischen Separatisten mit dem ukrainischen Ex-Präsidenten Leonid Kutschma zusammengelassen, um über eine Waffenruhe zu verhandeln. Westliche Diplomaten und auch Abgesandte Moskaus suchten zu vermitteln. *Agenturen/nd Seite 2*

Brüssel beharrt auf seinem Programm

Kein Entgegenkommen der EU-Partner im Streit mit Griechenland / Athen sollte Reformpläne vorlegen

Unmittelbar vor dem EU-Gipfel in Brüssel sollten die Euro-Finanzminister Lösungen im Schuldenstreit zwischen EU und Athen finden.

Von Katja Herzberg

Mit Spannung wurde das Treffen der Euro-Finanzminister am Mittwochabend in Brüssel erwartet. In Berlin hieß es sogar, das Bundesfinanzministerium sei sehr »neugierig« auf die Pläne, die Griechenland der EU vorlegen wollte, um im Schuldenstreit voranzukommen. An eine kurzfristige Lösung glaubte schon Tage zuvor kein Beteiligter mehr. Doch immerhin eine vorläufige Einigung wurde nicht ausgeschlossen. Als Voraussetzung dafür nannten die europäischen Geldgeber, dass die griechische Regierung darlegen müsse, wie sie sich die künftige Unterstützung vorstelle. Schon am Montagabend sorgte die Nachricht von einem Zehn-

Punkte-Plan Griechenlands für Schlagzeilen. Am Mittwoch wurden die Angaben darüber nur wenig konkreter. Nachrichtenagenturen berichteten zu einem Treffen von Regierungschef Alexis Tsipras und dem Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), José Angel Gurría, dass sich Athen mit der OECD darauf verständigte, einen Reformplan auszuarbeiten, um die Wirtschaft des Landes anzukurbeln und Korruption zu bekämpfen. Demnach will die griechische Regierung 70 Prozent seiner bisherigen Reformverpflichtungen erfüllen, 30 Prozent aber durch eigene »maßgeschneiderte« Reformen ersetzen. Eine entsprechende Vereinbarung soll am 1. September in Kraft treten, bis dahin soll ein Überbrückungskredit die Pleite des Landes abwenden.

Der ist nötig, weil das aktuelle »Hilfsprogramm« der EU Ende Februar ausläuft. Aufgrund nicht

eingehaltener Reformauflagen halten die internationalen Geldgeber die letzten Kreditraten zurück. Möglichen neuen Hilfen – etwa einem Überbrückungskredit

»Entscheidend ist, dass die griechischen Schulden in naher Zukunft nicht zurückgezahlt werden können.«

Yanis Varoufakis

oder einer Programmverlängerung – müssten die EU-Mitgliedsstaaten und ihre Parlamente zustimmen. Das Bundesfinanzministerium äußerte am Mittwoch, dass die Zeit begrenzt sei, es gebe aber keinen Zwang zu einer Einigung schon an diesem Mittwoch. Man trete in eine »Phase intensiver Gespräche«.

Auch Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem dämpfte die Erwartungen an das Sondertreffen. »Heute kommt keine Lösung, das weiß ich aus Erfahrung. Das geht Schritt für Schritt«, so Dijsselbloem im niederländischen Parlament. Weitere Kredite werde es nur unter strengen Bedingungen geben. Er dementierte zudem den Zehn-Punkte-Plan und sagte: »Wir haben ein Programm, und das ist unser Ausgangspunkt.«

Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hielt derweil am Ziel der Schuldenerleichterungen für sein Land fest. »Entscheidend ist, dass die griechischen Schulden in naher Zukunft nicht zurückgezahlt werden können«, sagte er dem »Stern«. Unterstützung erhielt er von seinem österreichischen Kollegen Hans Jörg Schelling. Er denke, dass es am Mittwoch eine Lösung geben könne, »wenn Griechenland das wünscht«, sagte Schelling im ORF-Radio. *Seiten 4 und 7*

Union macht Abschiebedruck

Innenminister von CDU und CSU wollen Kosovo-Flüchtlinge loswerden

Berlin. Angesichts steigender Asylbewerberzahlen aus Kosovo sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf. »Wir sind dabei, die Asylanträge aus dem Kosovo massiv zu beschleunigen«, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Mittwoch. Die Schutzsuchenden ließen die Möglichkeiten zur Unterbringung in Deutschland an ihre Grenzen stoßen, ihre Flucht könne »verheerende Folgen« für die Stabilität von Kosovo haben.

Nach offiziellen Angaben liegt die Anerkennungsquote bei Asylanträgen aus Kosovo bei 0,3 Prozent. Im Januar hatten etwa 3030 Kosovaren einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland gestellt – mehr als doppelt so viele wie im Dezember. Das Innenministerium plant nach Angaben des Sprechers derzeit aber keine Gesetzesinitiative, um Kosovo als »sicheren Herkunftsstaat« einzustufen und die Asylverfahren dadurch weiter abzukürzen.

Dafür haben sich indes die Innenminister der Union ausgesprochen. »Der Blick auf die Anerkennungsquoten zeigt, dass die Einstufung zwingend ist, Kosovo und auch Tunesien gehören unbedingt auf die Liste«, erklärte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU). Auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) dringt darauf. Genau das hält die LINKE für falsch. Deutschland und die EU müssten »die Verantwortung für die europäische Katastrophe im Kosovo« übernehmen, forderte Ulla Jelpke. Das im Zuge der Jugoslawienkriege entstandene Kosovo sei ein »nicht lebensfähiges Gebilde«, in dem bittere Armut herrsche. *Agenturen/nd Seite 5*

Hunderte tote Bootsflüchtlinge

Nach Katastrophe im Mittelmeer verstärkte Seenotrettung verlangt

Rom. Bei einer weiteren Katastrophe im Mittelmeer sind vermutlich mehr als 300 Flüchtlinge ums Leben gekommen. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR vom Mittwoch berichteten Überlebende von Hunderten Vermissten, deren Schlauchboote bereits am Montag bei hohem Wellengang gekentert seien. Insgesamt vier Boote sollen am Samstag gemeinsam von der libyschen Küste abgelegt haben.

Die neue Flüchtlingstragödie löste international Bestürzung aus. Karl Kopp, Europareferent der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, fordert, dass das EU-Parlament endlich handelt und sofort die für die Seenotrettung benötigten finanziellen Mittel bereitstellt. Das Sterben an den EU-Außengrenzen könne »letztlich nur durch die Öffnung legaler und gefahrenfreier Wege für Schutzsuchende beendet werden«, schreibt Kopp in einem nd-Gastbeitrag. Auch Papst Franziskus verlangte verstärkte Rettungsanstrengungen im südlichen Mittelmeer. »Diese neue Tragödie bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen«, sagte der Europa-Direktor von Amnesty International, John Dalhuisen. Für die eingestellte italienische Such- und Rettungsoperation »Mare Nostrum« sei die Aktion Triton der EU-Grenzschutzagentur Frontex kein angemessener Ersatz.

Italiens Küstenwache hatte nach einem Hilferuf per Satellitentelefon zunächst nur ein Boot entdeckt. 29 Flüchtlinge waren vor Eintreffen der Rettungskräfte darauf erfroren oder starben beim Transport auf die Insel Lampedusa. *epd/nd Seiten 4 und 7*

► **Heute auf Seite 10**
Gesund leben

In jedem Baby steckt ein kleiner Mozart mit dem absoluten Gehör. Doch leider bleibt das nicht so.

